

**Titel** Stärker zurückkommen: Die neue Normalität muss eine bessere sein! - Ansätze für eine progressive Politik nach Corona

**AntragstellerInnen** Nordrhein-Westfalen

**Zur Weiterleitung an**

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Stärker zurückkommen: Die neue Normalität muss eine bessere sein! - Ansätze für eine progressive Politik nach Corona

- 1 Gut ein halbes Jahr nach Ausbruch der Corona-Pandemie müssen wir festhalten, dass es sich bei der aktuellen Krise  
2 trotz vieler zuvor um die einschneidendste Krise seit dem zweiten Weltkrieg handelt. Die Pandemie hat zeitweise zu  
3 einem vollständigen Erliegen des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens geführt, sie hat weltweit hundert-  
4 tausende Menschen das Leben gekostet und nach wie vor haben wir nicht das erreicht, was öffentlich als „die neue  
5 Normalität“ diskutiert wird. Nun, einige Monate nach dem Corona-Schock, ist die Debatte über die Lehren aus und  
6 die Folgen von dieser Krise in vollem Gange und für uns als Jusos ist klar: Die neue Normalität nach Corona darf nicht  
7 die alte Normalität vor Corona sein. Wir müssen stärker aus der Krise zurückkommen: Die neue Normalität muss  
8 eine bessere sein!
- 9 Aus politischer Sicht beispielsweise muss die Lehre aus dieser Zäsur sein, dass wir endgültig Abschied nehmen von  
10 den zwei maßgeblich dominierenden Politiken der letzten Jahrzehnte.
- 11 Dabei handelt es sich zum einen um die Ideologie des Neoliberalismus, die in den letzten Jahrzehnten so prägend  
12 war wie keine andere und die zugleich nun so offensichtlich am Ende ist wie keine andere. Die Idee, dass das zentrale  
13 Ordnungssystem unserer Gesellschaft der Markt ist, auf dem sich eigenverantwortliche Individuen zur Profitmaxi-  
14 mierung versammeln, und dass dieser Markt, einmal aus dem Gleichgewicht geraten, sich durch magische Selbstrei-  
15 nigungskräfte wieder selbst besser ins Gleichgewicht bringt als durch politische Steuerung; diese Idee ist krachend  
16 gescheitert. Das neoliberale Mantra „Privat vor Staat“ und das zusammengefasste Glaubensbekenntnis „Das regelt  
17 der Markt.“ wirkt angesichts der aktuellen Lage wie Hohn und vermag nur noch Delegierte eines FDP-Parteitags zu  
18 überzeugen. Die große Mehrheit der Menschen hingegen musste in den letzten Jahren und nun spätestens durch  
19 die Corona-Krise erfahren, was der Markt alles nicht regelt. Der Markt hat weder für 5G an jeder Milchkanne, noch  
20 für flächendeckende Mobilität in der Breite der Bundesrepublik, weder für eine angemessene Gesundheitsversor-  
21 gung, noch für bezahlbaren Wohnraum oder die angemessene Entlohnung systemrelevanter Berufe gesorgt. Und  
22 wie schlecht es um die vermeintlichen Selbstreinigungskräfte des Marktes bestellt ist, kann daran gesehen werden,  
23 dass selbst diejenigen, die sich Eingriffe des Staates immer verboten haben, nun die Lautesten sind, die nach staatli-  
24 chen Hilfen rufen.
- 25 Die zweite dominante Politik der letzten Jahrzehnte, die nun an ihr Ende kommen muss, ist das TINA-Prinzip (**T**here  
26 **is no alternative**), mit dem politische Entscheidungen nicht mit Sach-Argumenten, sondern mit dem Verweis auf ihre  
27 vermeintliche Alternativlosigkeit gerechtfertigt wurden. Denn während zu Beginn der Pandemie und auf der Ebene  
28 des unmittelbaren Krisenmanagements bestimmte Entscheidungen in der Tat zwingend und richtig waren, bestehen  
29 nun in der Frage, welche Konsequenzen aus der aktuellen Krise gezogen werden müssen, so klare Alternativen wie  
30 lange nicht mehr. Die Chancen für progressive Politik für die Zeit nach Corona stehen gut, aber das Ende des Neoli-  
31 beralismus wird kein Selbstläufer, weil uns auf der anderen Seite eine Koalition aus Konservativen und Neoliberalen  
32 gegenübersteht, die nach der Krise mit den alten, gescheiterten Rezepten weitermachen wollen. Dagegen müssen  
33 wir eine progressive, gesellschaftliche Allianz für ein besseres Morgen bilden, mit der wir stärker als vorher aus der  
34 Krise herauskommen. Der Kampf um die Deutungshoheit rund um die Corona-Krise ist also in vollem Gange und wir

35 werden ihn nur dann für uns entscheiden können, wenn wir klar sagen können, wie die neue Normalität eine bessere  
36 sein kann. Dazu macht dieser Antrag einen Aufschlag.

### 37 **Ein neues Staatsverständnis**

38 Die bessere Normalität braucht vor allem ein neues Verständnis über die Rolle des Staates in unserer Gesellschaft.  
39 Wir sind der Überzeugung, dass nicht der Markt, sondern eben der Staat als demokratische Verfasstheit aller Bür-  
40 ger\*innen das zentrale Ordnungssystem unserer Gesellschaft darstellt. Und wie kaum zuvor hat die Corona-Krise zum  
41 einen die Handlungsfähigkeit des Staates unter Beweis gestellt und zum anderen auch den Primat der Politik über die  
42 Wirtschaft. Während in der Vergangenheit der marktkonformen Demokratie der Mund geredet wurde, steht es für  
43 uns nicht zur Debatte, dass wir einen demokratiekonformen Markt brauchen, dem der Staat zu diesem Zweck klare  
44 Vorgaben gibt. Unser Staat für ein besseres Morgen ist aber auch **ein aktiver und handlungsfähiger Staat**, der dem  
45 Markt nicht nur einen klaren Handlungsrahmen gibt, sondern auch selbst **durch Investitionen für wirtschaftlichen**  
46 **Erfolg und gesellschaftlichen Fortschritt sorgt**. Den staatlichen Investitionen müssen dabei zwei entscheidende  
47 Aufgaben zukommen. Zum einen stellen sie die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg der Bundesrepublik dar.  
48 Denn damit Unternehmen erfolgreich sein können, braucht es eine gute öffentliche Infrastruktur – und zwar sowohl  
49 physisch in Form von intakten Straßen und Brücken, einem umfassenden Mobilitätsangebot und einer guten digita-  
50 len Infrastruktur, als auch sozial in Form von bester Bildung und Forschung, einer guten Gesundheitsversorgung und  
51 der Garantie von sozialer Sicherheit. In den vergangenen Jahrzehnten wurden immer mehr dieser öffentlichen Auf-  
52 gaben privatisiert und damit dem Diktat der Profitmaximierung unterworfen, mit den bereits beschriebenen Folgen.  
53 Wir sind der Auffassung: **Öffentliche Aufgaben gehören in öffentliche Hand! Es gibt einfach bestimmte Bereiche**  
54 **des Zusammenlebens, die keiner Marktlogik unterworfen werden dürfen**.

55 Die zweite Aufgabe von öffentlichen Investitionen ist die einer Steuerungsfunktion. Der Staat sollte also nicht blind  
56 investieren und so quasi für Herdenliquidität sorgen, sondern durch gezielte Investitionen jene Art des Wirtschaftens  
57 und auch jene Innovationen fördern, die dem Gemeinwohl dienen. **Konkret bedeutet das, dass Unternehmen nur**  
58 **dann Gelder der Allgemeinheit bekommen sollten, wenn sie sich auch zu Zielen der Allgemeinheit verpflichten**.  
59 **ten**.

### 60 **Staatsschulden**

61 Mit einem neuen Staatsverständnis in der besseren Normalität muss auch ein neues Verständnis von Staatsschulden  
62 einhergehen. Im Verlauf der Corona-Krise hat die Bundesregierung mit zwei Konjunkturprogrammen in bemerkens-  
63 werten Umfang reagiert und so den wirtschaftlichen und sozialen Totalabsturz verhindert. Im März wurde das  
64 Corona-Schutzschild „Bazooka“ über 350 Milliarden Euro für Zuschüsse und Hilfen sowie zusätzlichen 820 Milliarden  
65 Euro für Beteiligungen, Kredite und Bürgschaften aufgelegt. Im Juni folgte das Konjunkturprogramm „Wumms“ mit  
66 einem Umfang von 160 Milliarden Euro. Angesichts dieser Summen, die die Staatsschuldenquote der Bundesrepublik  
67 in die Höhe getrieben haben, ist die Debatte darüber, wie diese Schulden wieder zurückgezahlt werden können in  
68 vollem Gange und es wird auf uns ankommen dafür zu sorgen, dass nicht dieselben Fehler wie nach der Finanzkrise  
69 2008 gemacht werden.

70 Damals hat man als Reaktion auf eine verbreitetere Staatsskepsis und aufgrund der Verunsicherung in der Bevöl-  
71 kerung 2009 die Einführung einer Schuldenbremse beschlossen – mit verheerenden Folgen. Die Schuldenbremse ist  
72 die ins Grundgesetz geschriebene neoliberale Ideologie, die die Handlungsfähigkeit des Staates massiv eingeschränkt  
73 hat. Und während es in den Jahren nach der Finanzkrise öffentliche Anerkennung für ausgeglichene Haushalte gege-  
74 ben hat, sieht eine große Mehrheit der Menschen heute die enorme Diskrepanz zwischen dem fetischisierten aus-  
75 geglichenen Haushalt und den realen Verhältnissen im Land. Aufgrund mangelnder Investitionen durch die Schul-  
76 denbremse hinkt die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft peinlich weit hinterher. Die Bildungsausgaben  
77 stagnieren seit zehn Jahren im Verhältnis zur Wirtschaftskraft. Die sozial-ökologische Transformation ist zum Erliegen  
78 gekommen, was man unter anderem daran sieht, dass die Bundesrepublik ihre Vorreiterinnenrolle bei den Erneuer-  
79 baren Energien schon längst wieder verloren und die Automobilbranche als Schlüsselindustrie den Strukturwandel  
80 verschlafen hat. Und die öffentliche Infrastruktur ist aufgrund des massiven Investitionsstaus marode und damit eine  
81 zunehmende Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit. So sieht die Bilanz von 10 Jahren Schuldenbremse in Deutschland  
82 aus. Noch schlimmer hat es die Länder im Süden Europas getroffen, denen wir im Zuge der Eurokrise dieselbe bittere  
83 Medizin der Austerität aufgezwungen haben – nur in noch stärkerem Maße. Diese hat während der Corona-Krise töd-  
84 liche Folgen gehabt, weil die dortigen kaputtgesparten Gesundheitssysteme nicht in der Lage waren, die Pandemie  
85 angemessen zu bewältigen.

86 Diesen Kardinalfehler, nämlich den Versuch, sich gesund zu sparen, dürfen wir nun nicht wiederholen. Der Weg der  
 87 Konsolidierung durch Austerität ist ein Irrweg. Damit bekennen wir uns zum Weg des Herauswachsendens aus der Krise,  
 88 der es ermöglicht, die Staatsschulden solange zu überwälzen, bis die Schuldenquote durch ein gestiegenes BIP wieder  
 89 sinkt. Wozu die Alternative des Heraussparens der Konservativen und Neoliberalen führt, konnte eindrücklich in den  
 90 letzten Jahren beobachtet werden. In Wahrheit hat diese status quo-Koalition der Bewahrer\*innen schlicht keinen  
 91 Plan mehr für die Zukunft.

92 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns konkret:

- 93 • Wir bekräftigen angesichts der Corona-Krise unsere Forderung nach einer **Abschaffung der Schuldenbremse**  
 94 und nach einer **Abkehr der Politik der schwarzen Null**.
- 95 • Statt einmaligen Konjunkturprogrammen fordern wir **ein mehrjähriges, massives Investitionsprogramm**.  
 96 Die Investitionen sollten sowohl über unkomplizierte Wege den Kommunen zur Verfügung gestellt werden als  
 97 auch direkt über Bund und Länder laufen. Folgende sieben Schwerpunkte gilt es dabei zu setzen:
  - 98 – Ausbau und Modernisierung des Schienennetzes.
  - 99 – Instandsetzung, Neubau und Anschaffung digitaler Hardware in Bildungseinrichtungen wie Schulen,  
 100 Kindertagesstätten und Universitäten.
  - 101 – Programme zum öffentlichen Wohnungsbau.
  - 102 – Ausbau erneuerbarer Energien beispielsweise über Programme wie Windbürger\*innengelder und kom-  
 103 munal subventionierter Ausbau von Solardächern.
  - 104 – Aufbau massiver Kapazitäten zur Wasserstoff-Produktion.
  - 105 – Flächendeckender Ausbau digitaler Netze.

## 106 Finanzierung

107 Die bessere Normalität braucht aber auch endlich einen angemessenen Beitrag der Wohlhabenden in unserer Gesell-  
 108 schaft zur Finanzierung der Kosten der Krise sowie eine gerechte Verteilung der Vermögen insgesamt. Mitten in der  
 109 Corona-Krise hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) im Juli noch einmal eindrückliche Zahlen zur  
 110 Vermögenskonzentration in Deutschland vorgelegt. Demnach besitzen die reichsten zehn Prozent der Menschen in  
 111 Deutschland gut zwei Drittel des Gesamtvermögens, während die Hälfte der Bevölkerung nahezu gar kein Vermögen  
 112 besitzt. Mit diesem Zustand können wir uns als Jusos und mit diesem Zustand kann sich auch die Sozialdemokratie  
 113 nicht abfinden. Die bessere Normalität braucht daher ein klares Bekenntnis zur Umverteilung und zu einer gerechten  
 114 Steuerpolitik, die dafür sorgt, dass die Lasten der Krise nicht wieder nur von Menschen mit niedrigen und mittleren  
 115 Einkommen geschultert werden.

116 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns hier konkret:

- 117 • eine **einmalige, krisenbedingte Vermögensabgabe für sehr hohe Vermögen**.
- 118 • Die **Einführung einer Finanztransaktionssteuer**, wie von den NRW Jusos gefordert, muss schnell umgesetzt  
 119 werden.
- 120 • Ebenso bekräftigen wir unsere Forderungen zur **Einführung der Vermögenssteuer** und einer **Reform der**  
 121 **Erbschaftssteuer**, wie sie vom SPD-Bundesparteitag zuletzt beschlossen wurde.

## 122 Wirtschaft und Arbeit

123 In keinem anderen Bereich ist es so notwendig, dass die neue Normalität eine bessere wird, wie im Bereich von  
 124 Wirtschaft und Arbeit. Schonungslos hat die Corona-Krise die Widersprüche und Schwächen eines Wirtschaftssystems  
 125 offen gelegt, dessen oberste und manchmal auch einzige Maxime die der Profitmaximierung ist.

126 In beispiellosem Ausmaß haben wir auf der einen Seite einen Angebotsschock erlebt, weil die hyperglobalisierte  
 127 Wertschöpfung mit ihren krisenanfälligen just-in-time-Lieferketten teilweise vollständig zum Erliegen gekommen ist.  
 128 Die Unternehmen waren schlicht nicht mehr in der Lage zu produzieren. Und zum anderen haben wir in gleicher  
 129 Weise einen Nachfrageschock erlebt, weil die Verbraucher\*innen durch Einkommens- oder gar Jobverlust und Kon-  
 130 taktbeschränkungen kaum noch in der Lage waren zu konsumieren. Um die Krise zu bewältigen, wird es nun darauf

131 ankommen, sowohl die Wertschöpfung wieder zu stabilisieren als auch die Nachfrage wieder zu stimulieren. Dies darf  
 132 aber eben nicht durch ein Zurück zum Vor-Corona-Zustand passieren, sondern wir müssen die richtigen Schlüsse aus  
 133 diesem doppelten Schock ziehen und die Chance für eine bessere Normalität nutzen.

134 Wirtschaftspolitisch heißt das vor allem, dass wir ganz aktiv jene Form des Wirtschaftens fördern, die dem Gemein-  
 135 wohl dient. Diese zeichnet sich durch gute, tarifgebundene Beschäftigung, durch eine Demokratisierung der Unter-  
 136 nehmen, durch qualitatives Wachstum im Sinne der sozial-ökologischen Transformation sowie durch echte Gleich-  
 137 stellung in den Betrieben aus. Auch global muss die Corona-Krise dazu führen, dass zum Beispiel die internationalen  
 138 Lieferketten nicht länger nur nach dem Maßstab der Profitmaximierung, sondern vor allem unter dem Gesichtspunkt  
 139 der Resilienz zu organisieren sind. Durch ein entsprechendes Lieferkettengesetz gilt es dabei, faire Arbeitsbedingun-  
 140 gen auch über den nationalen Rahmen hinaus zu garantieren. Und um das einmal klarzustellen: Die vollkommen  
 141 berechnete Kritik an einer bestimmten Form der Globalisierung („Hyper-Globalisierung“) und die ebenfalls berech-  
 142 tigte Forderung, ausgewählte Lieferketten ein Stück weit weniger global zu organisieren, darf nicht dazu führen, dass  
 143 wir uns gemein machen mit denjenigen, die der vermeintlichen Re-Nationalisierung das Wort reden. Wir müssen im  
 144 Gegenteil zwar klar die negativen Auswirkungen der entfesselten Globalisierung thematisieren, um sie dann aber ak-  
 145 tiv zu gestalten, ohne zu einfachen Ressentiments nachzugeben. Eine sozialdemokratisch gestaltete Globalisierung  
 146 kann so zu mehr qualitativem Wachstum, zu besseren Arbeitsbedingungen und zu besseren Löhnen im globalen  
 147 Kontext führen.

148 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns wirtschaftspolitisch konkret:

- 149 • Weitere **Stimulierungen privater Investitionen**. Gerade in einer möglichen Rezession werden private In-  
 150 vestitionen dringend benötigt. Auch hier gilt es, schwerpunktmäßig die Transformationen in den Bereichen  
 151 Sozialstaat, Digitalisierung und Klimaschutz voranzutreiben.
- 152 • Durch einen bei der KfW aufgesetzten oder staatlichen Fonds kann **Kapital für innovative Neugründungen**  
 153 zur Verfügung gestellt werden.
- 154 • Die stattfindenden und zu erwartenden Transformationsprozesse erzeugen erheblichen Weiterbildungsbe-  
 155 darf, um Beschäftigung zu sichern. Beschäftigte müssen qualifiziert werden, um in geänderten oder neuen  
 156 Berufsfeldern gute Arbeit zu finden. Neben einem **Ausbau der Kapazitäten der Berufskollegs** ist auch drin-  
 157 gend in **betriebliche und überbetriebliche Weiterbildungsangebote** zu investieren. Auch hierfür könnte  
 158 ein bei der KfW aufgesetzter oder staatlicher Bildungsfonds die notwendigen Mittel aufbringen, um das le-  
 159 benslange und immer wiederkehrende Lernen im Job zu ermöglichen.
- 160 • Um Unternehmensinsolvenzen zu verhindern, wird der Staat sich mit Eigenkapital an vielen Unternehmen be-  
 161 teiligen müssen oder hat dies schon getan. Dabei sollen klare Kriterien gesetzt werden, dass die Beteiligung  
 162 des Staates nur stattfindet, wenn die künftigen Geschäftsfelder der Unternehmen für sozialen und ökologi-  
 163 schen Fortschritt und nicht für Rückschritt und Stillstand stehen, dass Vorstandsgehälter und -boni gedeckelt  
 164 sind, Steuern in der Bundesrepublik gezahlt werden müssen und dass in den Unternehmen nach Tarif bezahlt  
 165 wird. **Wer Geld von der Allgemeinheit bekommt, muss sich auch zu Zielen der Allgemeinheit verpflichten.**  
 166
- 167 • Durch steuerpolitische Maßnahmen können **Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen in Digitalisie-**  
 168 **rung und Klimaschutz** verbessert werden.
- 169 • Der **Aufbau einer Pharmaindustrie, die die Abhängigkeit von bisherigen Lieferketten löst**, muss ein stra-  
 170 tegisches Ziel der Gesundheitspolitik werden. Dabei muss vor allem in den Blick genommen werden, wie staat-  
 171 liches Kapital für pharmazeutische Innovationen und Neugründungen zur Verfügung gestellt werden kann.
- 172 • Durch ein **wirksames Lieferkettengesetz** für weiterhin notwendige Lieferketten werden wir auch global für  
 173 bessere Arbeitsbedingungen und Löhne kämpfen und das Klima schützen.

174 Arbeitsmarktpolitisch haben wir in Deutschland gerade in den letzten Wochen gesehen, dass der Abschied vom Neoli-  
 175 beralismus kein zwingender ist, sondern von uns aktiv betrieben werden muss. Am Anfang der Pandemie wurden ein-  
 176 zeln Dienstleistungsberufe vor allem im Gesundheits-, Einzelhandels- und Logistikbereich noch als systemrelevant  
 177 und heldenhaft gefeiert und beklatscht. Jetzt hingegen, da diese Arbeitnehmer\*innen zurecht für bessere Arbeits-  
 178 bedingungen und bessere Bezahlung kämpfen, schlägt ihnen teilweise von denselben Leuten Unverständnis dafür  
 179 entgegen, dass sie für ihre Rechte streiken. Dabei wissen wir schon heute, dass diese meist prekär Beschäftigten

180 innerhalb ihres Arbeitsverhältnisses wenig eigenen Schutz vor der Pandemie erfahren haben und auch am längsten  
 181 mit ihren Auswirkungen in Form von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben werden. Wir sind der klaren  
 182 Auffassung: Klatschen reicht nicht! Wer den Laden hier am Laufen hält, muss auch anständig bezahlt werden und  
 183 unter fairen Bedingungen ihren\*seinen Job machen können. Kämpfer\*innen dafür sind in allererster Linie unsere  
 184 Kolleg\*innen in den Gewerkschaften.

185 Und die bessere Normalität braucht wieder stärkere Gewerkschaften in der Auseinandersetzung zwischen Kapital  
 186 und Arbeit angesichts der massiven Transformation der Arbeitswelt. Wir erleben zum einen, dass die Organisati-  
 187 onsbedingungen der Belegschaften sich massiv verändern. Während manche im Homeoffice für sich allein arbeiten,  
 188 befinden sich andere in Kurzarbeit und wieder andere arbeiten ganz normal weiter in den Betrieben. Diese Fragmen-  
 189 tierung der Belegschaft stellt die gewerkschaftliche Organisation vor erhebliche Herausforderungen. Zum anderen  
 190 erleben wir, dass die Kapitalseite versucht, das Modell der Sozialpartnerschaft als nicht mehr zeitgemäß darzustellen.  
 191 So ließ kürzlich ein Banken-Start-up keine Anstrengung unversucht, die Gründung eines Betriebsrats zu vermeiden,  
 192 weil dieser gegen alle Werte verstoße, an die das Unternehmen glaube. Wer aber glaubt, dass der Wandel der Ar-  
 193 beitswelt weniger Mitbestimmung bedeuten müsste, hat in uns und unseren gewerkschaftlichen Kolleg\*innen die  
 194 entschiedensten Gegner\*innen. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Der Wandel in der Arbeitswelt muss zu mehr statt  
 195 zu weniger Mitbestimmung führen!

196 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns arbeitsmarktpolitisch konkret:

- 197 • Für die in der Krise zurecht als systemrelevant gefeierten Berufe braucht es endlich auch eine **finanzielle**  
 198 **Aufwertung**. Dazu wäre ein **allgemeinverbindlicher Tarifvertrag Pflege** beispielweise ein wichtiger Schritt.  
 199 Ansonsten wäre über **Branchenmindestlöhne für Care-Berufe oder solche im Einzelhandel**
- 200 • Vor allem müssen wir die Rahmenbedingungen aber auch so gestalten, dass sich abhängig Beschäftigte aus  
 201 diesen Bereichen **verstärkt in Gewerkschaften organisieren**, um effektiv und demokratisch für bessere  
 202 Arbeitsbedingungen wie z.B. veränderte Personalschlüssel etc. eintreten zu können. Hier erneuern wir unsere  
 203 Forderung nach einer Stärkung der Gewerkschaften durch:
  - 204 – die **Aufhebung des Arbeitgeber\*innen-Vetos** bei der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarif-  
 205 verträgen
  - 206 – ein **hartes strafrechtliches Vorgehen gegen die Behinderung von Gewerkschaftsaktivitäten**, dem  
 207 sogenannten Union Busting.
  - 208 – **vollständige Arbeitnehmer\*innenrechte für Beschäftigte im Bereich der digitalen Plattformöko-**  
 209 **nomie** und entsprechende **Stärkung der Betriebsräte auf digitalem Wege**.

## 210 Sozialstaat

211 Auch eine andere Errungenschaft, die von Sozialdemokrat\*innen und Gewerkschafter\*innen erkämpft wurde, ist  
 212 in den vergangenen Jahren immer wieder von konservativer und neoliberaler Seite als Auslaufmodell dargestellt  
 213 worden. Aber auch hier hat Corona gezeigt: Die bessere Normalität braucht einen starken, vorsorgenden Sozialstaat,  
 214 der alle gegen die individuellen Lebensrisiken solidarisch absichert und präventiv für gute Beschäftigung sorgt!

215 Man stelle sich nur mal vor, die SPD hätte nicht für ein Kurzarbeiter\*innengeld, für einen vereinfachten Zugang zur  
 216 Grundsicherung erstmal ohne Vermögensüberprüfung und für eine Übernahme der tatsächlichen Kosten für Unter-  
 217 kunft und Heizung gesorgt. Das sind aus jungsozialistischer Perspektive nur Notmaßnahmen, aber sie unterstreichen  
 218 die Bedeutung des Sozialstaats besonders aber nicht nur in der Krise. Das Kurzarbeiter\*innengeld sollte dabei nicht  
 219 nur als reines Notfallinstrument zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit genutzt werden, sondern sollte auf die Finan-  
 220 zierung von Weiterbildungsmöglichkeiten während der Zeit der Kurzarbeit ausgeweitet werden.

221 Das Corona-Virus trifft eben nicht alle gleich, sondern wirkt sozial-selektiv. Menschen mit niedrigem Einkommen  
 222 oder ohne Arbeit werden wirtschaftlich härter von der Krise getroffen, Kinderarmut verschärft sich und ganze soziale  
 223 Schichten werden noch stärker von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen. Für eine bessere Normalität nach  
 224 der Krise erneuern wir unsere zahlreichen Forderungen für einen aktiven und solidarischen Sozialstaat.

225 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns hier konkret:

- 226 • eine **deutlich längere Bezugsdauer des ALG I** (Arbeitslosengeld) gerade bei langen Beitragsjahren

- 227 • die **Einführung eines ALG Q**, mit dem Zeiten der Weiterbildung oder Umschulung finanziert werden, um  
228 Beschäftigte in der Transformation nicht allein zu lassen
- 229 • die **überfällige Abschaffung von Hartz IV durch ein sanktionsfreies und bedarfsgerechtes Bürger\*in-**  
230 **nengeld**
- 231 • eine **eigenständige Kindergrundsicherung**
- 232 • Schließlich bekräftigen wir unsere Forderung nach einem **Recht auf Weiterbildung und Qualifizierung** sowie  
233 nach einem **Recht auf Arbeit**, zu dem für uns auch das Konzept einer **Jobgarantie** gehört.

#### 234 **Feminismus**

235 Die neue Normalität muss schließlich auch dahingehend eine bessere werden, als sie feministisch sein muss. Denn  
236 das Corona-Virus hat nicht nur sozial-selektiv gewirkt, sondern auch nochmal die enorm ungleich verteilte Belastung  
237 von Frauen in unserer Gesellschaft sichtbar gemacht, und zwar in mehreren Hinsichten. Zum einen werden die als  
238 systemrelevant erkannten Berufe, ob in der Pflege oder an der Supermarktkasse, überwiegend von Frauen ausge-  
239 übt und trotz Systemrelevanz viel zu schlecht bezahlt. Und zum anderen wurde einmal mehr deutlich, wie viel zuvor  
240 ‚unsichtbare‘ und unentgeltliche Carearbeit von Frauen im privaten Bereich geleistet wird. Durch den Wegfall von  
241 Betreuungsmöglichkeiten im Zuge der Pandemie hat sich dieses massive Ungleichgewicht noch weiter verstärkt und  
242 es ist nicht hinnehmbar, dass nach wie vor feministische Belange bei der Bewältigung der Krise überhaupt keine Rolle  
243 spielen. Die Pandemie sorgt zusätzlich dafür, dass die Lebensrealitäten und Personen, die schon vorher wenig sicht-  
244 bar waren, nun noch weiter aus dem öffentlichen Leben verdrängt werden. Queeren Personen fehlen sowohl Schutz-  
245 als auch Begegnungsräume und die Deutungshoheit über die Pandemie in Wissenschaft und Medien haben Männer,  
246 deren homogene Lebensrealität sich dann auch in der nicht Berücksichtigung von Frauen in Hilfsfonds widerspie-  
247 gelt. Dass es um die körperliche Selbstbestimmung von Frauen prekär bestellt war, sieht mensch unter anderem  
248 auch daran, dass die Pandemie kurzerhand dafür genutzt werden soll, ein “Sexkaufverbot” zu erwirken und der Zu-  
249 gang zu Schwangerschaftsabbrüchen noch schwerer ist als ohnehin schon. Die bessere Normalität muss also eine  
250 feministische sein! Wir müssen die Diskursfenster, die sich während der Krise eröffnet haben, dafür nutzen, unsere  
251 feministischen Forderungen zu radikalisieren.

252 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns aus feministischer Perspektive konkret:

- 253 • Endlich eine **angemessene Entlohnung von Berufen, die mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden** und  
254 entsprechende Arbeitsbedingungen.
- 255 • Die schwierigen Arbeitsbedingungen in vielen Care-Berufen hängen häufig auch mit einer nicht ausreichenden  
256 Personalausstattung zusammen beziehungsweise ließe sich auch sagen, dass beide Probleme sich gegensei-  
257 tig bedingen. Um diese Zustände aktiv anzugehen, soll es ein **staatlich subventioniertes Umschulungspro-**  
258 **gramm für Care-Berufe** geben, das Perspektiven für Arbeitnehmer\*innen, aber auch für die Gesellschaft, die  
259 elementar auf diese Branchen angewiesen ist, schafft.
- 260 • Außerdem sind Bund, Länder und Kommunen in der Pflicht für eine **bedarfsgerechte und kostenlose Be-**  
261 **treuungsstruktur** zu sorgen, die auch in Krisenzeiten oberste Priorität hat.
- 262 • Und schließlich braucht es endlich eine **konsequent feministische Sozialstaatspolitik**, die Frauen unabhän-  
263 gig von einem möglichen Partner gegen Lebensrisiken absichert.

#### 264 **Perspektiven für die junge Generation**

265 Die bessere Normalität braucht auf jeden Fall ein Zukunftsversprechen an die junge Generation. Die Pandemie hat  
266 viele junge Menschen in unterschiedlichster Art und Weise betroffen und wir wollen auch hier unsere Lehren für die  
267 Zukunft ziehen sowie bereits bestehende Forderungen nochmals bekräftigen.

268 Zum einen hat sich die Landesregierung dilettantisch verhalten, wenn es um die Unterstützung der Schulen und  
269 Aufrechterhaltung der Bildung ging. Unzureichende und sich ständig ändernde Anweisungen waren an der Tages-  
270 ordnung. Schulen wurden häufig allein gelassen und es gab kaum ein Konzept, wie der Ablauf weiterhin garantiert  
271 werden kann. Es zeigte sich, dass gerade Kinder und Jugendliche aus finanziell schwachen Haushalten mal wieder  
272 die Leidtragenden waren. Wer kein digitales Endgerät und eigenes Zimmer besitzt, litt besonders unter den Umstän-  
273 den. Wieder einmal wurde klar, dass der Zugang zur Bildung vom Geldbeutel abhängig ist. Wir brauchen endlich

274 **gleichberechtigte Konzepte, um gute Bildung für alle zu ermöglichen sowie eine gute, digitale Ausstattung,**  
 275 **die gleichberechtigten Zugang auch von zu Hause ermöglicht.**

276 Zum anderen hat auch die Bundesbildungsministerin bewiesen, wie egal ihr Studierende sind. Die existenziellen  
 277 Ängste wurden über Monate hinweg ignoriert und mit der schlecht organisierten Soforthilfe kam viel zu spät ein  
 278 Angebot, was durch hohe bürokratische Hürden und mit viel zu wenig Geld keine echte Hilfe war und junge Men-  
 279 schen im Studium allein gelassen hat. Anstatt das BAföG für notleidende Studierende zugänglich zu machen, wurden  
 280 viele nun in die Schuldenfalle geschickt. **Es hat sich wieder gezeigt, dass ein elternunabhängiges BAföG für ein**  
 281 **gleichberechtigtes Studium wichtig und existenzsichernd ist.**

282 Auch in Hinblick auf die Ausbildungen muss gehandelt werden, diese dürfen nicht unter der Pandemie leiden – weder  
 283 in der Qualität noch in der Quantität. Wir stellen uns dabei hinter die Forderungen der DGB Jugend. **Entlassungen**  
 284 **von Auszubildenden müssen verhindert werden, die Verbundausbildung muss gestärkt werden, die Lohnfort-**  
 285 **zahlung muss gewährleistet sein, Abschlussprüfungen müssen stattfinden und Übernahmen müssen abgesi-**  
 286 **chert werden.** Außerdem muss eine Corona-Delle beim Ausbildungsstart verhindert werden, es braucht daher **ein**  
 287 **Sonderprogramm zur Ausbildungssicherung** zum Beispiel in Form eines Solidarfonds Ausbildung.

288 Weiterhin sind auch junge Beschäftigte besonders von der Krise betroffen. Kettenbefristungen dürfen nach der Krise  
 289 nicht die Norm werden, unsere **Forderung, sachgrundlose Befristungen abzuschaffen, bleibt bestehen.** Es darf  
 290 nicht wieder zu einer Jugendarbeitslosigkeitsschneise kommen, daher muss auch **die europäische Jugendgarantie bes-**  
 291 **ser ausgestattet werden,** um wirklich sinnvoll zu wirken.

## 292 **Kommunen**

293 Die bessere Normalität braucht starke, handlungsfähige Kommunen. In den Kommunen wird derzeit eine wahnsinnig  
 294 intensive Arbeit geleistet. Im deutschen Föderalismus sind es die Kommunen, die die Maßnahmen zum Schutz der  
 295 Bevölkerung umsetzen müssen. In den kommunalen Krisenstäben, den Ordnungsbehörden und erst recht in den  
 296 kommunalen Krankenhäusern wird ein großer Anteil zur Bewältigung der Krise geschafft.

297 Dabei kommen finanziell schwierige Zeiten auf die Kommunen zu: Für viele Verwaltungen sind zum Beispiel Ausgaben  
 298 notwendig, um in der Corona-Zeit digital arbeitsfähig zu sein. Die Digitalisierung der Verwaltungen kann dabei als  
 299 Chance für die Zukunft gesehen werden. Gleichzeitig droht aber durch die bevorstehende Rezession ein Einbruch  
 300 der Gewerbesteuern.

301 Dabei sind es gerade die Kommunen, auf die es in der Nach-Corona-Zeit ankommen wird. Nicht nur, weil ein Großteil  
 302 der Investitionen in den Kommunen getätigt wird. Wenn das öffentliche Leben Stück für Stück wieder hochgefahren  
 303 wird, wird in den Kommunen ein neues gutes Zusammenleben organisiert werden müssen. Vorstellbar sind etwa  
 304 Mikrohilfspakete, die den Fortbestand von lokalen, durch den Corona-bedingten Ausfall von Festveranstaltungen  
 305 oder ähnlichem in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Vereinen ermöglichen. Das schließt auch die lokale Kunst-  
 306 & Kulturszene ein. Um ein Club-Sterben und die reihenweise Schließung von Kulturorten zu verhindern, braucht es  
 307 auch hier finanzielle Unterstützung und Fördertöpfe für Kleinkunst, damit in unserer besseren Normalität auch ein  
 308 vielfältiges kulturelles Angebot bestehen bleibt. Dafür muss die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen schnell  
 309 hergestellt werden.

310 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns mit Blick auf die Kommunen:

- 311 • Die Corona-Krise zeigt erneut: **Die Gesundheitsversorgung gehört in öffentliche Hand.** Der Bund sollte  
 312 einen Topf auflegen, der es Kommunen ermöglicht, private Krankenhäuser zu kommunalisieren.
- 313 • Viele Kommunen leiden unter der erdrückenden Last der Altschulden. Für diese Kommunen braucht es eine  
 314 schnelle Übernahme der Altschulden durch Bund und Länder in Form eines **Altschuldentilgungsfonds.**
- 315 • Eine schnelle grundsätzliche Reform der Kommunalfinanzierung muss die Kommunen aus ihrer Abhängigkeit  
 316 von der Gewerbesteuer lösen. Mögliche konkrete Maßnahmen dazu wären:
  - 317 o Eine **Heraufsetzung des kommunalen Anteils bei noch zu bestimmenden Gemeinschaftssteuern** zur  
 318 Stärkung der Investivkraft der Kommunen ist zu prüfen.
  - 319 o Unser Ziel ist eine **Harmonisierung der Gewerbesteuer-Hebesätze.** Zur Erreichung dessen ist ein Mindest-  
 320 hebesatz geeignet. Dieser muss so gesetzt werden, dass er den Landes- und Bundesschnitt effektiv anhebt. Zur Rea-  
 321 lisierung dessen sollte eine angemessene Karenzzeit gewählt werden. Die Kommunen, welche auf einen absehbaren

322 Zeitraum von den Änderungen betroffen sein werden, benötigen eine Übergangszeit, in welcher sie ihren Haushalt  
 323 umstellen können. Denkbar wäre auch eine stufenweise Anhebung eines Mindesthebesatzes. Da es sich um ein bun-  
 324 desweites Problem handelt, wäre ein bundesweit koordiniertes Vorgehen am sinnvollsten. Aufgrund der Erfahrun-  
 325 gen mit dem Föderalismus und angesichts der aktuellen politischen Konstellationen in den einzelnen Bundesländern,  
 326 kann dies jedoch keine Bedingung sein.

327 o Die **Finanzierung der Landschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen ist zu reformieren**. Nordrhein-  
 328 westfälische Kommunen haben im Ländervergleich darunter zu leiden, dass sie in erheblichem Maße die Kosten für  
 329 die Landschaftsverbände tragen, während sie in anderen Bundesländern durch den Landeshaushalt finanziert wer-  
 330 den. Im Landschaftsverband Westfalen-Lippe wird der Haushalt zu zwei Dritteln aus Beiträgen (Landschaftsumlage)  
 331 der Landkreise und kreisfreien Städte finanziert. Künftig sollte der kommunale Anteil nicht über 50 Prozent liegen.

332 o **Die kommunale Selbstverwaltung ist als zentrales Prinzip unseres Staatsverständnisses zu wahren**  
 333 **und zu fördern**. Der Tendenz zu auf Landes- und Bundesebene entwickelten „Projektrastern“, denen sich die Kom-  
 334 munen für Zuschusszahlungen zwangsläufig unterordnen, muss entgegengewirkt werden. Insbesondere muss die  
 335 Zuweisung von Landes- und Bundesmitteln um auch kommunalen Prioritäten gerecht zu werden verstärkt über  
 336 Schlüssel und Grundzuweisungen erfolgen. Trotzdem stellen solche „Projektraster“ von Bund und Land einen wich-  
 337 tigen Gegenpol zu kommunal bedingten Unterschieden bei der Erreichung von, auch in diesem Antrag dargestellten  
 338 Zielen, wie die Förderung von Aus- und Weiterbildung dar. Bei ihrer Erarbeitung müssen die Kommunen jedoch viel  
 339 mehr einbezogen werden. Es muss eine Kommunikationsstelle zwischen Bund, Land und Kommunen gefunden wer-  
 340 den, die die Kommunen gleichwertig an der Erarbeitung solcher Raster beteiligt.

#### 341 **Europa reformieren – Renationalisierung verhindern**

342 Die bessere Normalität braucht schließlich auch ein besseres Europa. Die Europäische Union spielt bei der Bekämp-  
 343 fung der Corona-Krise nur eine untergeordnete Rolle. Die nationalen Alleingänge bei den Grenzschließungen und die  
 344 fehlende Garantie, dass der Schengen-Raum nach Corona wieder geöffnet werden, zeigen, in was für einer Gefahr  
 345 sich die europäische Idee befindet.

346 Als Konsequenz aus der Krise muss die Europäische Union ihre Integration vorantreiben, auch, um eine Renationa-  
 347 lisierung zu verhindern. Eine weitergehende Integration darf aber nicht ziellos alle Bereiche des politischen Lebens  
 348 betreffen, sondern muss sich auf die Bereiche konzentrieren, in denen jetzt ein gemeinsames europäisches Vorgehen  
 349 benötigt wird. Neben der Außenpolitik (auf die hier nicht näher eingegangen werden soll) sind das die Entwicklung  
 350 einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik, die soziale Absicherung, Migrationspolitik und der Kampf gegen  
 351 den Klimawandel.

352 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns europäisch konkret:

- 353 • **Euro-Bonds** können verhindern, dass die Corona-Krise die besonders schwer betroffenen Staaten in die fi-  
 354 nanzielle Handlungsunfähigkeit treibt. Das aktuell diskutierte Wiederaufbauprogramm, das durch eine Kre-  
 355 ditaaufnahme über die EU-Kommission und damit durch die regulären Beiträge der Mitgliedsländer finanziert  
 356 wird, ist dabei ein Schritt in die richtige Richtung.
- 357 • Eine **weitere schnelle Reform der Eurozone** muss gezielte Investitionen ermöglichen, um wirtschaftliche  
 358 Ungleichgewichte ausgleichen zu können.
- 359 • **Maßnahmen gegen das massive Ungleichgewicht der Außenhandelsbilanzen** sind gerade in der Krise  
 360 notwendig. Das heißt in erster Linie eine Stimulierung der Binnennachfrage in Staaten mit hohen Exportüber-  
 361 schüssen wie Deutschland.
- 362 • Die EU braucht dringend einen **Regionaleentwicklungsplan für Süd- und Osteuropa**. Die noch immer unter  
 363 der Eurokrise leidenden südeuropäischen und viele osteuropäischen Staaten haben eine deutlich geringere  
 364 ökonomische Komplexität als etwa Deutschland. Dieser strukturellen Ungleichheit der Produktionsbedingun-  
 365 gen muss gegengesteuert werden.
- 366 • Die EU sollte eine **eigene Gesellschaft zur Produktion von Wasserstoff** aufbauen.



- 367 • Die EU muss als Konsequenz aus den Lehren der Corona-Krise **gemeinsame gesundheitspolitische Ansätze**  
368 **entwickeln**. Mehr Unabhängigkeit von Lieferketten bei Medikamenten wäre etwa ein Thema, das sich gut ge-  
369 meinsam europäisch angehen lässt. Wir unterstützen den Gesetzentwurf der S&D-Fraktion im Europäischen  
370 Parlament, vorangetrieben von unserer Juso-Abgeordneten Delara Burkhardt, für entwaldungsfreie Lieferket-  
371 ten. Damit soll erreicht werden, dass nur noch Produkte auf dem europäischen Markt landen, die nicht zur  
372 Zerstörung von (Regen-)Wäldern, oder zur Verletzung von Menschenrechten beigetragen haben. Das Gesetz  
373 fordert regelmäßige Berichte, mehr Transparenz und Haftung für Unternehmen, die Wälder und andere Bio-  
374 tope bei der Produktion ihrer Produkte nicht schützen. Es ist die Pflicht der Unternehmen, sich nicht aus der  
375 Verantwortung zu ziehen, wenn sie in anderen Ländern Schäden anrichten und von deren Standort profitie-  
376 ren. Deshalb muss auch Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier seine Blockadehaltung endlich aufgeben.
- 377 • Auch nach Corona wird die globale Migration nicht nachlassen. Es braucht **schnell ein unkompliziertes über**  
378 **die Kommunen laufendes Verfahren zur Verteilung von vor Krieg, Verfolgung und Elend fliehenden**  
379 **Menschen**. Gerade die Verbesserung der katastrophalen Zustände in Moria sollte dabei oberste Priorität ge-  
380 nießen. Das kürzlich vorgestellte Prinzip der „verpflichtenden Solidarität“, das vor allem mehr Abschottung  
381 bedeutet, lehnen wir vor diesem Hintergrund ab.

### 382 **Fazit**

383 Die Corona-Krise hat uns in den verschiedensten Bereichen – politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich – gezeigt,  
384 dass wir nicht einfach weitermachen können wie bisher. Sie hat aber nach Jahren des Stillstands auch die enorme  
385 Handlungsfähigkeit von Politik unter Beweis gestellt. Wir können und wir als Jusos werden unser Zusammenleben  
386 neu gestalten. Letztlich geht es um die Frage, **wie wir eigentlich leben wollen**. Und für uns ist dabei klar, dass die  
387 neue Normalität nicht die alte sein darf. **Sorgen wir durch einen progressiven Politikentwurf dafür, dass sie eine**  
388 **bessere sein wird!**